(WL)

Heute unter anderem zu folgenden Themen:

1. BND-Untersuchungsausschuss: Verdeckte Schützenhilfe oder die Wahrheit darf nicht wahr sein
2. Spielcasino künftig mit Einlasskontrolle
3. Bundesfinanzministerium frühzeitig über HRE-Debakel informiert
4. IKB: Noch mehr Geld
5. Deflationstendenzen nehmen deutlich zu
6. Für eine Mindestrente von 1.000 Euro plädiert Plusminus
7. Hermann Scheer: Wir brauchen keinen Sahara-Strom
8. Bundestagswahlparteitag der Linken
9. Pro und Contra: Kann man die Linkspartei wählen?
10. Mindestlohn: Unrealistische Forderungen
11. FDP droht Strafzahlung von rund fünf Millionen Euro
12. Elektronische Gesundheitskarte: Der Schildbürgerstreich der Ulla Schmidt
13. LobbyControl im Innenausschuss
14. "Tagesthemen"-Sprecher Tom Buhrow unter Druck – Böse Scheine
15. Karl-Heinz Heinemann: Hare Bologna, hare, hare
16. Zehn Jahre "Bologna"-Erklärung – Eine Bilanz von TU9 und ARGE TU/TH
17. Freie Universität Berlin – Eine Gegendarstellung
18. Mehr als tausend Worte
19. Zu guter Letzt: Hagen Rether im Satire Gipfel

Vorbemerkung: Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen.

Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Verdeckte Schützenhilfe**
   Der nun beendete Parlamentarische Untersuchungsausschuss hat eine Gewissheit geliefert: Das Nein der Schröder-Regierung zum Irakkrieg hat seine blütenweiße Reinheit verloren. Insgeheim arbeitete der BND eng mit dem US-Militär zusammen.

   Und eindeutig bewiesen ist nun: Das Nein der Regierung Gerhard Schröder (SPD) zum

Irak-Krieg der US-Amerikaner hat seine blütenweiße Reinheit verloren. Um das ohnehin damals hoch angespannte Verhältnis Berlin-Washington nicht zusätzlich zu strapazieren, gab es – bildhaft ausgedrückt – viel verdeckte Schützenhilfe.

Der BND lieferte direkt aus Bagdad kriegswichtige Informationen an die US-Kommandozentrale. Deutsche Behörden waren Mitwisser und Mitmacher, als es den US-Geheimdiensten darum ging, Terror-Verdächtige unter Missachtung jedes humanitären Mindest-Standards einzufangen und in der rechtsfreien Zone Guantánamo der Käfighaltung auszusetzen.

Schon erstaunlich, wie intensiv die Pullacher BND-Schlapphüte in der Journalisten-Szene dieser Republik herumgeschnüffelt haben, um die Urheberschaft von unangenehmen, aber zutreffenden Informationen über die eigene Behörde zu klären. Eine vergleichbare Hartnäckigkeit der Recherche war in den so genannten Sicherheitskreisen allerdings keineswegs angesagt, als es zu klären galt, wie auf deutschem Boden – im US-Militärgefängnis Mannheim – gefoltert worden ist.

Im Rückblick liegt klar zutage, dass die Bundesrepublik Deutschland unter den Rahmenbedingungen einer terroristischen Bedrohungslage nach dem Leitbild verfahren ist: Viel Sicherheitshysterie erfordert viel Geheimnistuerei.
Quelle: Kölner Stadt-Anzeiger

Statt einer Anmerkung:

Die Wahrheit darf nicht wahr sein
Weder Schily noch Steinmeier müssen sich für ihr Verhalten rechtfertigen. Die Große Koalition war vor allem groß beim Verhindern der Wahrheit. Freispruch also durch die Mehrheit im Ausschuss. Die Rechte der Opposition in Untersuchungsausschüssen sind zu unterentwickelt, um derartige Fehlurteile zu verhindern. Es darf, …, eben vieles nicht wahr sein, was stimmt. Aus politischen Gründen.
Quelle: stern

Anmerkung WL: Siehe dazu schon „In der BND-Affäre werden falsche Maßstäbe angelegt.“

2. **Spielcasino künftig mit Einlasskontrolle**
Die von US-Präsident Obama verkündeten verschärften Kontrollen des US-Kapitalmarktes treffen nach Ansicht des Ökonomen Rudolf Hickel das Nervensystem der Finanzwelt.

Quelle: der Freitag

Anmerkung WL: *Eine Einlasskontrolle bei den Spielcasinos hat die Spielsucht nicht eingedämmt. Rudolf Hickels Hoffnung auf die FED kann ich leider nicht teilen, war die Zentralbank nicht schon bisher in der Hand der Banker, von einer echten „staatlichen" Aufsicht, kann da wohl in Zukunft auch kaum die Rede sein.*

3. **Bundesfinanzministerium frühzeitig über HRE-Debakel informiert**
   Das Milliarden-Debakel beim Finanzinstitut Hypo Real Estate (HRE) zeichnete sich schon früher ab als bislang bekannt. Der ehemalige HRE-Chef Georg Funke hatte am 15. Januar 2008 die Finanzmärkte mit der Mitteilung geschockt, dass die HRE entgegen früheren Behauptungen auf ihr US-Hypotheken-Portfolio 390 Millionen Euro abschreiben müsse. Wenige Tage später bekam Finanzminister Peer Steinbrück einen internen Bericht über die "Betroffenheit durch Subprime-Krise". Kurz darauf erhielt das BMF von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zusätzliche Informationen zur HRE. "Die intensive Befragung des Vorstandes führte zur Aufdeckung von Sachverhalten", schrieb BaFin-Präsident Jochen Sanio an den zuständigen Staatssekretär, "die der Vorstand bisher selbst in der jüngsten Ad-hoc-Mitteilung nicht andeutungsweise aufgedeckt hatte." Sanio warnte vor einer "möglicherweise erschreckenden Größenordnung".

   Auch der heutige Staatssekretär Jörg Asmussen dürfte den Bericht damals gelesen haben. Sein Kürzel findet sich auf dem Deckblatt.
   Quelle: Spiegel Online

   Anmerkung WL: *Es wird immer dubioser warum die Bundesregierung erst am 29. September 2008, also einen Tag nachdem die Haftung der HypoVereinsbank für Risiken der HRE auslief, ihre erste Rettungsaktion in Höhe von 35 Milliarden tätigte. Entweder hat das Bundesfinanzministerium sträflich versagt oder es gab bisher verschleierte Gründe, warum die Regierung nicht tätig wurde.*

4. **IKB: Noch mehr Geld**
   Keine Bank darf mehr pleitegehen: Die Regierung ist bereit, die marode IKB abermals mit milliardenschweren Bürgschaften zu stützen.
   Wie die Süddeutsche Zeitung aus Regierungskreisen erfuhr, hat der Lenkungsausschuss des Bankenrettungsfonds Soffin den Antrag des Instituts "grundsätzlich positiv" beschieden.

   Sollten sich Regierung und Lone Star auf eine Lastenteilung verständigen, könnten die

Staatsgarantien bereits innerhalb der nächsten 14 Tage endgültig bewilligt werden. Die IKB hatte aufgrund von Liquiditätsproblemen neue Bürgschaften in Höhe von sieben Milliarden Euro beantragt.
Quelle: SZ

Anmerkung WL: *Ob man jemals erfahren wird, aus welchen Gründen diese weiteren Garantien übernommen werden?*

5. **Deflationstendenzen nehmen deutlich zu**
   In den USA sanken die Preise im Mai um 1,3 % , in Deutschland die Erzeugerpreise um 3,6%.
   Erstmals seit sechs Jahrzehnten sind die Verbraucherpreise im Mai in den USA um 1,3 % im Vergleich zum Vorjahresmonat gesungen. Damit hat sich die gefährliche Tendenz zur Deflation deutlich verstärkt. Erstaunlich ist, dass allgemein die Volkswirte die gefährliche Deflation für unwahrscheinlich halten. Dabei hat sich der Preisverfall im Mai verstärkt, obwohl die Ölpreise seit zwei Monaten wieder deutlich steigen und die Marke von 70 US-Dollar schon gerissen haben. Offenbar hofft man sogar auf weiter steigende Energiepreise als eigenartiges Mittel zu Deflationsbekämpfung.

   Erstmals in der Geschichte der Eurozone ist die Inflationsrate in Euroland auf Null gesunken, hat die Statistikbehörde Eurostat mitgeteilt. Insgesamt stagnierten die Verbraucherpreise in den 16 Euro-Ländern im Vergleich zum Mai 2008. In Deutschland habe die Inflationsrate im Mai erstmals seit 22 Jahren wieder bei Null gelegen, hatte das Statistische Bundesamt vergangene Woche mitgeteilt. In sechs Ländern der Eurozone sanken die Preise sogar und auch in Irland (-1,7 %), Portugal (-1,2 %) und in Spanien und Luxemburg (- 0,9 %). Auch in Frankreich (-0,3 %) und Belgien (-0,2 %) sind die Deflationstendenzen schon deutlich spürbar.
   Quelle: Telepolis

6. **Für eine Mindestrente von 1.000 Euro plädiert Plusminus**
   Quelle: Das Erste Plusminus
7. **Hermann Scheer: Wir brauchen keinen Sahara-Strom**
   Warum in die Ferne schweifen, wenn das Gute ist so nah.

   Von 2020 an soll nach dem Desertec-Konzept Sahara-Strom für 20 Cent pro Kilowattstunde geliefert werden können. Mit der Solarstromerzeugung auf unseren Dächern werden wir bereits in drei Jahren nicht mehr teurer sein als der Strom aus der Steckdose – zu Investitionskosten genau dieser 20 Cent und damit zu den Preisen gelieferten Atom- und Kohlestroms. Bei Windstrom sind wir heute schon bei sechs bis

neun Cent.

Wirtschaftlich entscheidend ist nicht das Verhältnis zwischen Sonne oder Wind und Stromertrag, sondern das zwischen Stromertrag und tatsächlichem Investitionsaufwand. Dieser ist bei dezentraler Anwendung mit ihren vermiedenen Stromtransportkosten deutlich niedriger.
Quelle: FR

8. **Bundestagswahlparteitag der Linken**
Mehr Demokratie und Freiheit wagen, Rede von Oskar Lafontaine

Die Mitarbeiterbeteiligung ist auch notwendig, um demokratische Medienstrukturen aufzubauen. Im 18. Jahrhundert schufen Privatleute eine liberale Öffentlichkeit, um ihre Interessen gegenüber dem Staat zu vertreten. Für Jürgen Habermas, der in diesen Tagen 80 Jahre alt wurde, setzte schon im Augenblick ihrer Entstehung die Verfallsgeschichte der bürgerlichen Öffentlichkeit ein. Er kommt zum Ergebnis, dass heute die “kritische Publizität” durch eine “manipulative” ersetzt wurde. Und wen ich mir die Berichterstattung im Vorfeld des Parteitages so ansehe, scheint Habermas die richtige Analyse der heutigen Publizität gehabt zu haben. Eine demokratische Gesellschaft braucht demokratische Öffentlichkeit. Und das Verfassungsgebot, Zensur findet nicht statt, war nicht nur so zu interpretieren, dass ein Staatssekretär nicht entscheiden darf, was veröffentlicht oder nicht veröffentlicht werden kann. Es ist auch so zu interpretieren, dass nicht einzelne reiche Leute entscheiden dürfen, was veröffentlicht und was nicht veröffentlicht werden kann. Das muss man endlich mal begreifen.

Weil sich das alles so entwickelt hat, weil aufgrund der Eigentumsstrukturen die kritische Publizität durch eine manipulative ersetzt wurde, kann von einer herrschaftsfreien, demokratischen Kommunikation zurzeit nicht die Rede sein. Daher müssen Medienunternehmen durch Mitarbeiterbeteiligung und Redaktionsstatute demokratisiert werden. Wie das geht, kann man beim Spiegel oder bei der TAZ oder auch bei der Jungen Welt studieren. Solange sich solche Unternehmen am Markt noch nicht behaupten, sollten sie staatlich unterstützt werden. Habermas forderte die staatliche Unterstützung der so genannten Qualitätszeitungen. Wir meinen, eine staatliche Unterstützung von Medienunternehmen sollte nur unter der Voraussetzung gewährt werden, dass die Belegschaft beteiligt und ein Redaktionsstatut verbindlich festgelegt wird. Wenn wir analysieren, der Finanzmarktkapitalismus hat die Demokratie zerstört, wenn wir sehen, dass in Italien ein Medienunternehmer auch Ministerpräsident geworden ist und die gesamte Öffentlichkeit kontrolliert, wenn

mittlerweile in Frankreich Rüstungsunternehmer Medien, also Zeitungen, aufkaufen, dann ist es an der Zeit, das zu thematisieren. Eine Demokratie braucht eine demokratische Öffentlichkeit. Das ist ein großes Thema der Linken.

Die Finanzindustrie beherrschte die Politik, und der Lobbyismus tat sein Übriges. Wir, die Partei DIE LINKE, wir werden und wir wollen uns nicht damit abfinden. Wir wollen eine demokratische Gesellschaft, in der sich die Interessen der Mehrheit wieder durchsetzen. Wir wollen mehr Freiheit und Demokratie wagen. Wir sind eine demokratische Erneuerungsbewegung, wir sind die Partei der Freiheit. Und in diesem Sinne wollen wir die Bundestagswahl bestehen.
Quelle: Die Linke

Anmerkung WL: *Was allerdings das Redaktionsstatut beim Spiegel positiv bewirkt haben soll, bleibt mir verschlossen.*

Siehe:

Je stärker die Linke, desto sozialer das Land! Rede von Gregor Gysi
Quelle: Die Linke

Anmerkung WL: *Wir weisen auf diese Dokumentation der beiden Hauptreden hin, damit Sie sich selbst einen Eindruck verschaffen können und bei Ihrer Urteilsbildung nicht nur auf die Berichterstattung in den Medien angewiesen sind. Die entspricht, soweit ich das bisher sehen und hören konnte, der schon bekannten Stigmatisierung der Linken.*

9. **Pro und Contra: Kann man die Linkspartei wählen?**
   Ist die Linke eine wählbare Alternative, wenn SPD und Grüne nicht mehr in Frage kommen? Oder ist sie ein Haufen, der von dumpfbackigen Westlinken dominiert wird? VON A.SCHARENBERG & J.FEDDERSEN
   Quelle: taz
10. **Mindestlohn: Unrealistische Forderungen**
    Es heißt immer wieder, die Forderung nach einem Mindestlohn, von dem alle Menschen leben können, sei unrealistisch, ganz besonders wenn man diese ernsthaft vertritt und 7,50 Euro oder sogar noch mehr fordert (die LINKE hat gerade einen von 10 Euro als Forderung beschlossen). Aber dabei sind mehr oder weniger sozialdemokratische Politiker beileibe nicht die Einzigen, die unrealistische Forderungen stellen. Maria Daniela Schulze, Direktorin der QF-Hotelkette, beklagte sich:

> Es gibt viel zu wenige geeignete Arbeitskräfte, die qualifiziert, mit hoher Arbeitsmoral und Enthusiasmus ihren Job verrichten.

Hintergrund dieser Klage war Kritik an den viel zu niedrigen Stundenlöhnen der Hotelreinigungsfachkräfte. Bei SpOn ist zu dem Thema ein Artikel erschienen, bei dem eine gelernte Architektin arbeitslos wurde und vom Amt in QF-Hotels Putzen geschickt wurde. Dort verdiente sie pro Stunde 3,56 Euro.
Quelle: Oeffinger Freidenker

11. **FDP droht Strafzahlung von rund fünf Millionen Euro**
Mehr als sechs Jahre nach dem Parteispendenskandal um den verstorbenen FDPPolitiker Jürgen W. Möllemann drohen der FDP jetzt empfindliche finanzielle Konsequenzen. Noch in diesem Monat will die Bundestagsverwaltung einen Strafzahlungsbescheid an die Partei verschicken – die Rede ist von rund fünf Millionen Euro.
Quelle: Spiegel Online
12. **Elektronische Gesundheitskarte: Der Schildbürgerstreich der Ulla Schmidt**
Sie ist noch lange nicht am Markt, doch der Wirbel, den die elektronische Gesundheitskarte schon heute verursacht, ist schwer zu toppen. Neuestes Ärgernis für die Versicherten: Wer sich künftig weigert, seiner Kasse sein Passbild zur Verfügung zu stellen, muss damit rechnen, dass diese im Gegenzug nicht mehr für die Arztkosten aufkommt. Erste Anbieter haben bereits damit begonnen, entsprechende Warn- und Informationsbriefe an ihre Mitglieder zu verschicken. Hintergrund des neuen Verwaltungs-GAUs: Das Gesetz sieht vor, dass die neue Gesundheitskarte zwingend das Konterfei des Versicherten zeigen muss – andernfalls könne die Karte nicht ausgestellt werden. Im Klartext bedeutet das: kein Lichtbild, keine Karte, keine Karte, keine medizinische Versorgung. Nötig wären solch strenge Repressalien keineswegs. Auch wenn die Gesundheitskarte nach jahrelangem Hin und Her nun wohl tatsächlich eingeführt wird – wirklich ausgereift ist die neue Technik nicht. Weiteres Ärgernis: Bis auf Weiteres wird das Hightech-Plastik im Grunde die gleichen Daten enthalten wie auch die bislang verwendete Versicherungskarte. Und das sind im Wesentlichen: Name des Mitglieds, Krankenkasse, Versichertennummer, Gültigkeitsdauer. Wann, wie und in welchem Maße künftig auch Notfalldaten oder virtuelle Krankenakten eines Versicherten gespeichert werden dürfen, ist hingegen noch offen.
Laut Berechnungen der Unternehmensberatung Booz Allen Hamilton dürfte die Einführung der Gesundheitskarte in den kommenden fünf Jahren bis zu 5,2 Milliarden Euro verschlingen. Für die erstmalige Ausgabe an alle Mitglieder kommt noch einmal eine halbe Milliarde dazu – inklusive Passbildern, versteht sich.

Quelle 1: Focus

Anmerkung: *Achtung, Achtung! Geplant ist, dass Krankenakten und Diagnosen nicht auf der Karte gespeichert werden sondern in zentralen Netzwerkspeichern, zu denen die Karte lediglich der Zugang ist. Auf diese Daten können dann mit Hilfe der Patientenkarte und jeweils eigener Zugangsdaten dann Arztpraxen, Krankenhäuser, Apotheken, andere Gesundheitsdienstleister wie Krankengymnasten etc. zugreifen – und wer weiß wer noch.*
Quelle 2: Stoppt die E-Card
Quelle 3: Nachdenkseiten vom 03.12.2007

13. **LobbyControl im Innenausschuss**
Unter dem Titel „Transparenz“ waren wir am Montag (15.6.) zu einer Anhörung im Innenausschuss des Bundestages eingeladen. Heidi Klein sollte als Sachverständige zu verschiedenen Anträgen Stellung beziehen. Dazu gehörten die Forderung nach einer Karenzzeit (einer “Abkühlphase”) zwischen politischem Amt und anschließender Lobbytätigkeit, einem verpflichtenden Lobbyistenregister sowie der Einschränkung externer Mitarbeiter in Bundesministerien. Neben unserer Vetreterin waren Prof. Hans Meyer und Prof. Ulrich Battis, Professoren der Humboldt-Universität Berlin, Jochen Bäumel von Transparency International Deutschland, der Vizepräsident des Bundesrechnungshofes Norbert Hauser, der ehemalige Staatssekretär Johann Halen sowie der Journalist Hans-Martin Tillack geladen.

Obwohl wir durch unsere tagtäglichen Recherchen und internationalen Kontakte eine umfangreiches Wissen zum Thema Lobbyismus und Regulierungsmöglichkeiten haben, wurde Heidi Klein nur zwei Mal das Wort erteilt. Nicht nur, dass man in spezifischen Fragen wie z.B. zur Verbreitung und konkreten Ausgestaltung von Lobbyregistern in anderen Ländern nicht an Heidi Klein wandte – selbst als es konkret um die Rolle von Nichtregierungsorganisationen als Lobbyisten und sogar namentlich um LobbyControl ging, gewährte man ihr nicht das Wort. Die Mitglieder des Innenausschuss schienen den anwesenden Universitätsprofessoren die größere Expertise zuzurechnen.
Quelle 1: LobbyControl
Quelle 2: Deutscher Bundestag
Quelle 3: Stern-Blogs

14. **“Tagesthemen”-Sprecher Tom Buhrow unter Druck**
Nach Berichten des NDR-Medienmagazins “Zapp” über lukrative Nebentätigkeiten prominenter Journalisten von ARD und ZDF gerät “Tagesthemen”-Moderator Tom Buhrow unter Druck. Die ARD fordert von ihm, künftig zu prüfen, ob Nebentätigkeiten

dem Sender schaden könnten.

Anders als manche öffentlich-rechtliche Journalisten tritt etwa “RTL aktuell”-Moderator Peter Kloeppel seit Jahren prinzipiell auf keinen Veranstaltungen von Wirtschaftsunternehmen auf. “Wenn man dafür Geld bekommt, ist es einfach schwerer, die journalistische Distanz zu wahren”, sagt er.
Quelle: Spiegel Online

Dazu auch:

Hans Leyendecker: Böse Scheine
Was passiert, wenn die Industrie besser bezahlt als der Sender? Der NDR diskutiert heftig über einen Kodex für Nebentätigkeiten von Moderatoren.
Ein Hierarch des NDR, der nicht genannt werden möchte, kritisiert den “bösen Schein” einer solchen Veranstaltung. Was, wenn ein kritischer Beitrag über die Deutsche Bank in der Redaktion diskutiert werde? Sei Buhrow unbefangen, “wenn die Bank seiner Agentur für eine halbstündige Plauderei weit mehr zahlt, als Buhrow im Monat bei uns verdient? Und was ist, wenn er Einwände gegen den Bericht hat – kann dann nicht doch in der Redaktion der Eindruck aufkommen, er habe sich durch Zuwendungen beeinflussen lassen?”
Quelle: SZ

15. **Karl-Heinz Heinemann: Hare Bologna, hare, hare**
Niemand glaubt mehr an die Ziele der Hochschulreform, die vor zehn Jahren gestartet ist. Einzig die Macher selbst halten wie eine Sekte an ihren Glaubensgrundsätzen fest. Der Stress beim Punktesammeln, die Verwandlung von wissenschaftlicher Erkenntnis in die Warenform von Kreditpunkten, das alles passt in ein System, in dem Wissenschaft und europäischer Hochschulraum nur einem Ziel dienen: Europa „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen – dem Lissabon-Ziel. Da muss man Studenten wie Professoren alle anderen Flausen austreiben.

Müssen wir jetzt Angst bekommen vor dem übermächtigen Wirtschaftssystem, das uns alle knechtet? Unsinn: Denn erstens würde es dem „Lissabon-Ziel“ schaden, wenn die Leute so blöd würden, wie man sie gern hätte: Freiraum, Kritik, Interesse, Spaß an der Sache – ohne das geht’s auch im Wettbewerb schlecht. Und zweitens, das zeigt die kreative Kritik der demonstrierenden Schüler und Studierenden ebenso wie die breite Ablehnung in der Öffentlichkeit, werden die Leute auch gar nicht so blöd, da kann man noch so viele Akkreditierungsverfahren durchführen und Kreditpunkte vergeben.

Quelle: der Freitag

16. **Zehn Jahre "Bologna"-Erklärung – Eine Bilanz von TU9 und ARGE TU/TH**
Prof. Dr. Horst Hippler, Präsident TU9, Sprecher der ARGE TU/TH und Rektor der Universität Karlsruhe (TH):

> Die Bologna-Reform hat viele positive Impulse gesetzt, teilweise aber auch erhebliche neue Probleme erzeugt. In vielen Bereichen muss sie noch besser umgesetzt werden. Nachdem zentrale Ziele bislang noch nicht erreicht werden konnten, kommt es nun darauf an, nicht auf halber Strecke stehen zu bleiben. Die Mitglieder von ARGE TU/TH und TU9 fordern daher nachdrücklich, dass der 'Bologna-Prozess' zielgerichtet und effektiv fortgesetzt wird.

Die Universitäten in TU9 und ARGE TU/TH würden es begrüßen, wenn in Deutschland für an Ingenieur-Studiengängen Interessierte fakultative Pre-engineering schools eingeführt werden, die der Studienvorbereitung dienen. Diese sollten in der Phase zwischen Abitur und Studienbeginn stattfinden. Damit könnten die Studieninteressierten auf die anspruchsvollen Aufgaben des Ingenieurstudiums vorbereitet werden und mögliche Lücken schon vor Studienbeginn ausgleichen.

Die Universitäten bekräftigen ihren Standpunkt, dass es keine staatliche Quotierung für den Übergang vom Bachelor zum Master geben darf. Der Zugang zum Master-Studium muss ausschließlich nach Qualitätskriterien in der fachlichen Kompetenz der Hochschulen geregelt werden. Universitäten müssen frei und autonom darüber entscheiden können.
Quelle: idw

Anmerkung WL: *Augen zu und durch! Der „Elite-Club" der Technischen Hochschulen, hat nun eine ganz neue Idee: eine Pre-engineering School vor dem Bachelor. Das ist typisch für diese Hochschulen, die seit Jahren über die mangelnde Studierfähigkeit der Abiturienten klagen und versagen, ein Studienangebot zu machen, das Abiturienten dort abholt wo sie stehen.*

Es ist darüber hinaus schon schlimm genug, dass der Übergang vom Bachelor zum Master quotiert ist, aber dies auch noch dem Gusto der Hochschulen zu überlassen,das wäre eine Katastrophe.

17. **FU – Eine Gegendarstellung**
    Eine Gegendarstellung zum offiziellen Imagefilm der Freien Universität Berlin. Basierend auf der Initiative von Studierenden der Universität. Dank an Wolf-Dieter Narr, Peter Grottian, Michael Hartmann, Bodo Zeuner, Mathias Bartelt, Sarah Walz, Yuca Meubrink, Sarah Hostmann, Max Wegener, Lisa Katzwinkel.
    Quelle 1: vimeo
    Quelle 2: Hier der offizielle Marketing-Film der freien Universität Berlin
18. **Mehr als tausend Worte**
    Schauen Sie sich diese Seite einfach einmal genau an, dann erfahren Sie mehr über den gesellschaftlichen Zustand, als tausende von Worten beschreiben können.
    Da finden Sie unter der Überschrift „Das Grauen des KZ Buchenwald“ eine Luftaufnahme dieses unmenschlichen Vernichtungslagers aus dem April 1945. Darüber die Reklame von O2 „Jetzt testen“ für nur 1 €, rechts darüber ein Foto von Norbert Blüm mit einem in diesem Zusammenhang geradezu zynischen Zitat „Giftiger Wahlkampf“ und rechts neben dem KZ-Foto die Reklame „Ich wandere im Urlaub“.

    Darunter 3 Girls von germanwings mit der „Überraschung! Eine Million Schnäppchen“. Daneben das unvermeidbare Porträt von Silvana Koch-Mehrin und darunter das Bild eines ausgemergelten KZ-Häftlings.

    Einen bezeichnenderen Eindruck von der Beliebigkeit und dem Wertverlust der sog. Informationsgesellschaft kann man kaum darstellen. Es ist der Blick der Eintagsfliege, die tausend Bilder hat, aber kein Gesamtbild.
    Quelle: SZ (rein zufällig)

19. **Zu guter Letzt:**
    Hagen Rether im Satire Gipfel
    Quelle: YouTube